

«Sozialabbau mit Presslufthammer»

Der Psychotherapeut **Walter Kranz** engagiert sich im Initiativkomitee der Freien Liste für eine erwerbsabhängige Krankenkassenprämie. Für ihn eine Pflicht im Sinne des Sozialstaates. Die Unterschriftensammlung läuft bis Ende Monat.

PATRIK SCHÄDLER

Herr Kranz, warum engagieren Sie sich persönlich so stark für die Initiative zur Einführung von erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien der Freien Liste?

Walter Kranz: Es muss eigentlich jeden aus dem politischen Schlaf wecken, wenn mit dem Presslufthammer das soziale System abgebaut wird. Ich war empört und bin immer noch empört, wie das geschehen kann in einem Land, in welchem die Vermögen extrem ungleich verteilt sind und die Schere zwischen den Reichen und den «Unvermögenden» immer weiter auseinandergeht. Die Reichen wurden über das Steuergesetz beschenkt. Die Staatskasse war deshalb leer. Man holt jetzt Geld bei allen, auch den tiefen Einkommen, bei Menschen, die keine Lobby haben.

Noch bevor die Unterschriftensammlung richtig gestartet ist, haben sich die anderen Parteien deutlich gegen die Initiative ausgesprochen. Hat sich dies auf die Unterschriftensammlung ausgewirkt? Und wie nehmen Sie die Stimmung in der Bevölkerung wahr?

Kranz: Das Thema Sozialabbau ist in der Bevölkerung bewusst. Wir erhalten sehr viel Unterstützung, also ist der Widerstand der anderen Parteien nicht ausschlaggebend. Personen, die nicht unterschreiben, begründen das oft mit Detailfragen wie z. B. der Anonymität der Steuerdaten. Die Anonymität liesse sich ohne Weiteres gewährleisten, wenn der Krankenkassenbeitrag zusammen mit der Steuer in Rechnung gestellt wird.

Ist es aber nicht ein wenig früh, kurz nach der Volksabstimmung über das Krankenversicherungsgesetz (KVG) bereits wieder am System zu schrauben? Wäre es nicht sinnvoller, zuerst die Auswirkungen des neuen Gesetzes abzuwarten?

Kranz: Die kürzlich gemachten



Bild: Daniel Schwendener

Walter Kranz: «Es muss eigentlich jeden aus dem politischen Schlaf wecken, wenn mit dem Presslufthammer das soziale System abgebaut wird.»

Änderungen im KVG werden nicht berührt. Ein Zusammenhang besteht bei der Frage der sozialen Verteilung. Bei der KVG-Revision wurde den gering Verdienenden etwas genommen, mit unserem Vorstoss würde ihnen eine Entlastung gegeben.

Vereinfacht gesagt will die Initiative, dass der, der mehr verdient, eine höhere Prämie zahlt als derjenige, der weniger verdient. Die VU und die FBP argumentieren, dass damit jene bestraft werden, die ein eigenverantwortliches Leben führen und nicht am Tropf des Staates hängen wollen. Auch der Vergleich zu sozialistischen Ländern ist ins Feld geführt worden. Was sagen Sie dazu?

Kranz: Der Vergleich zu sozialistischen Ländern ist lustig: Wenn die Kita-Beiträge erwerbsabhängig gestaltet werden, nennt man das «sozial», wenn die Krankenkassenbeiträge erwerbsabhängig würden, wäre das «sozialistisch». Der Staat hat die Aufgabe, für ein gewisses Mass an Ausgleich zu

sorgen. Dieses Mass bestimmen letztlich die Bürger. Zu hohe Ungleichheit gefährdet die gesellschaftliche Wohlfahrt und den sozialen Frieden.

Aber es gibt ja durchaus Nebeneffekte, für welche die Initiative keine Lösung hat. So müssten etwa Besitzer von Wohneigentum, Personen, die für ihre Altersvorsorge sparen oder die sich beim Eintritt ins Pensionsalter das Pensionskassenguthaben auszahlen lassen deutlich höhere Krankenkassenprämien in Kauf nehmen.

Kranz: Das ist nicht so. Renteneinkommen wird besteuert und Kapitalauszahlung wird besteuert. Der Unterschied ist gering. Guthaben in der 3. Säule wurden immer schon besteuert. Auch Wohneigentum wurde immer besteuert, wenn auch nicht immer gerecht.

In der politischen Diskussion um die soziale Gerechtigkeit ist immer vom Mittelstand die Rede. Eine ein-

deutige Definition für diese Gruppe gibt es aber nicht. Wer gehört aus Ihrer Sicht in Liechtenstein zum Mittelstand?

Kranz: Wir haben Mittelstand bisher so definiert, dass dies die Gruppe der Bevölkerung ist, die nicht vom Sozialtransfer profitiert: Eine Gruppe, die keine Prämienvergünstigung für Krankenkassenprämien, Mietbeihilfe etc. erhält und sich aus eigener Kraft finanziert. Die obere Grenze sehen wir ungefähr da, wo auch die Prämienzahler für die Krankenkasse mehr als bisher bezahlen müssten. Wir wissen von verschiedenen Studien, dass wenig Verdienende im internationalen Vergleich in Liechtenstein relativ gut unterstützt werden und wir wissen, dass Reiche in Liechtenstein mit besonders geringen Abgaben leben dürfen. Prozentual gesehen am meisten belastet wird der Mittelstand.

Ein grosser Kritikpunkt der Gegner zielt nicht auf den Inhalt, sondern

auf die Form der Initiative ab. Die Freie Liste hat die Form der sogenannten einfachen Initiative gewählt. Das heisst, dass die Regierung bei einer Annahme die entsprechenden Gesetzesänderungen erarbeiten muss. Kauft damit der Stimmbürger nicht die sprichwörtliche Katze im Sack?

Kranz: Viele Leute sagen beim Unterschriftensammeln, dass sie es positiv finden, dass auch die Regierung und der Landtag mit ihrem Wissen einbezogen werden. Es ist vielen wichtig, dass endlich breit über das Thema gesprochen wird. In der Schweiz sind Initiativen auch relativ offen formuliert und es funktioniert. Das wissen auch die Menschen in Liechtenstein. Es ist eine Chance, wenn die Bürgerinnen und die Politiker ihre Wünsche und ihr Wissen einbringen.

Bisher sind Sie politisch nicht aktiv in Erscheinung getreten. Deutet Ihr Engagement in dieser Sache darauf hin, dass Sie dies ändern möchten und für die Freie Liste für den Landtag kandidieren?

Kranz: Ich habe mich der fl21 angeschlossen, um mich gegen den Sozialabbau zu wehren. Ich fand diese Gruppe genial. Beim Referendum zum KVG wurde ausgezeichnete Arbeit geleistet. Dann war die Luft erst einmal draussen. Ich hoffe, dass sich die fl21 erholt. Die Ziele der fl21 und der Freien Liste decken sich in Bezug auf Sozialpolitik zum grossen Teil. Die Freie Liste lässt aber mehr Nachhaltigkeit des Einsatzes erwarten. Deshalb und explizit für die Sozialpolitik will ich für die Freie Liste arbeiten, in welcher Funktion auch immer. Auch in der Zukunft wird es starke Kräfte brauchen, die sich für den Sozialstaat einsetzen. Das nächste Thema wird offenbar die Pflegeversicherung sein, wie der Artikel vom 15. Juni im «Vaterland» vermuten lässt. «NZZ Finanzen» schrieb dazu: «Ein Schutz nur für Wohlbetuchte».